

### **3. Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung für den Strassenfonds**

Motion Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch) und Martin Huber (FDP, Neftenbach) vom 8. Mai 2023

KR-Nr. 176/2023, RRB-Nr. 716/7. Juni 2023 (Stellungnahme)

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 7. Juni 2023 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

*Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach):* Das Strassengesetz sieht folgendes für die Verwendung der Einnahmen aus den Verkehrsabgaben vor. Paragraph 28 Absatz 2, ich zitiere: «Dem Strassenfonds werden der Reinertrag der kantonalen Verkehrsabgaben, die für die Strassenaufwendungen gebundenen kantonalen Anteile an bundesrechtlichen Abgaben und allfällige weitere zweckgebundene Mittel zugewiesen.» Somit stellt sich die berechnete Frage, ob die Einnahmen aus der Versteigerung der Kontrollschilder durch den Kanton nicht heute schon dem Strassenfonds zuzuweisen sind. In der letzten Legislatur wurden immer mehr Gelder aus dem Strassenfonds zweckentfremdet. Ich erinnere Sie an Gelder für die Gemeinden oder für die Ladeinfrastruktur für E-Autos.

Gemäss Zusatzbericht der Volkswirtschaftsdirektion vom 18. Oktober 2022 wird der Fondssaldo ab 2031 negativ sein. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, sind die rund fünf Millionen Franken, die jährlich aus der Versteigerung eingenommen werden, eine willkommene Entlastung. Die Abgabe von Kontrollschildern, sei es nun auf ordentlichem Weg oder durch die Versteigerung, stehen im direkten Zusammenhang mit der Nutzung von Strassen, deren Bau und Unterhalt, wird doch mit der Bezahlung des Ersteigerungsbetrages das Nutzungsrecht am ersteigerten Kontrollschild geltend gemacht. Beim Bezug des ersteigerten Kontrollschildes muss ein Fahrzeug eingelöst werden. Somit sind diese Einnahmen dem Strassenfonds zuzuweisen. Besten Dank für Ihre Unterstützung und der Behebung dieses Missstandes.

*Felix Hoesch (SP, Zürich):* Wir haben diese Motion ausführlich gelesen. Es freut mich, dass auch Sie nun bis 2055 schauen. Ich hoffe, dass sich diese Weitsicht auch beim Klima durchsetzt. Aber wir haben natürlich eine andere Einschätzung zur Saldoentwicklung und sehen primär das jahrelange Wachstum beim Strassenfonds, und das, obwohl er nominell bereits heute verschuldet ist. Wir von der SP unterstützen kaum mehr den Bau von neuen Strassen. Darum sehen wir weniger Bedarf für einen übermässig gefüllten Strassenfonds. Aber auch für uns hat der Strassenfonds eine relevante Bedeutung, unsere guten Strassen immer in hoher Qualität zu erhalten, denn nur so kann der Bus auch gut darauf fahren.

Ich sehe aber einen anderen Lösungsansatz beim Strassenfonds. Die Abgabenerleichterungen für die Elektromobilität war ein wichtiger Anreiz – bis jetzt. Aber diesen Anreizansatz müssen wir nach dem eingesetzten Erfolg überdenken. So

wird der Strassenfonds bald wieder üppig alimentiert, und alles ist okay. Die formalen Überlegungen der Regierung erachten auch wir als relevant. Ich überlasse es dem Regierungspräsidenten (*Mario Fehr*), diese in der Debatte noch einmal auszuführen. Wir lehnen diese Motion sicher ab, auch das Anliegen. Herzlichen Dank.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch)*: Der Kanton Zürich verfügt über ein relativ grosses Strassennetz. Mit den Mitteln aus dem Strassenfonds wird der Ausbau dieses Netzes gepflegt und den Unterhalt für diesen geleistet. Zum Staatsstrassennetz gehören auch die Fussgänger- und Velo-Infrastrukturen, die Strassenausbauten für Busspuren und Tramlinien, auch die Aufwertung des Strassenraumes in Ortszentren wird ebenfalls aus diesem Fonds finanziert. Das alles benötigt natürlich ein bisschen Geld, insofern vermehrt sich der Strassenfonds eher nicht. Gemäss dem Zusatzbericht der Volkswirtschaftsdirektion ist es eher so, dass die Prognosen in den nächsten Jahren negativ ausfallen. Insbesondere die Inkraftsetzung für einen erhöhten Anteil für die Finanzierung des Unterhalts der Gemeindestrassen strapaziert den Strassenfonds arg.

Geöffnet wird dieser Fonds durch die Verkehrsabgaben. Im Verkehrsabgabengesetz werden sodann auch unter anderem die Herkunft der Mittel geregelt und aufgeführt. Was jedoch bis anhin fehlt, sind die lukrativen Einnahmen der Versteigerungen von Kontrollschildern. Dieses Geld fliesst ungebremst in die Staatskasse, anstelle dass es zweckgebunden verwendet werden würde. Aber genau dies würde eigentlich Sinn machen. Die Regierung meint jedoch, dass der Erwerber eines ersteigerten Kontrollschildes nur ein Nutzungsrecht hat, dass das Eigentum nach wie vor beim Strassenverkehrsamt bleibt. Schön. Die Schilder stünden auch in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Benutzung von öffentlichen Strassen und somit sei die Zuweisung dieser Einnahmen in den Fonds nicht gerechtfertigt. Ja, das ist eine lustige Interpretation und kann so nicht stehen gelassen werden. Bitte, was? Diese Kontrollschilder stehen unmittelbar im Zusammenhang mit der Benutzung von Strassen. Man könnte fast sagen, das sei so sicher wie das Amen in der Kirche. Denn so ein teuer erworbenes Schild stellt man nicht einfach in die Vitrine. Es gehört auf jeden Fall an ein Auto. Die Argumentation der Regierung widerspricht einfach jeder Logik. Wenn in den allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Kontrollschild-Auktion des Strassenverkehrsamts des Kantons Zürich darauf hingewiesen wird, dass beim Bezug des ersteigerten Kontrollschildes ein Fahrzeug eingelöst werden muss, dann: voilà.

Die Mitte bittet um die Überweisung dieser Motion. Herzlichen Dank.

*Franziska Barmettler (GLP, Zürich)*: Die Antragsteller machen hier zwar eine richtige Diagnose, sie wählen aber das falsche «Heilmitteli». Es stimmt, dass der Strassenfonds unter Druck steht und dass es neue Lösungen braucht. Gründe für die drohende Verschuldung sind unter anderen die Umsetzung der PI Brunner (*KR-Nr. 321/2013*) sowie steigende Anforderungen im Strassenraum in den Bereichen Lärm und Anpassung an den Klimawandel, aber auch sinken die Einnahmen aufgrund einer Zunahme an Elektrofahrzeugen. Will man nun den Ertrag des

Strassenfonds steigern – wir reden hier über einen Ertrag von zirka 450 Millionen Franken pro Jahr –, dann gibt es verschiedene Möglichkeiten, bei den Verkehrsabgaben anzusetzen. So ist etwa eine Revision angedacht, die auch Elektrofahrzeuge zur Kasse bieten will – oder man könnte den Teuerungsausgleich einführen. Mittel- und langfristig braucht es zusätzlich einschneidendere Massnahmen. Für die GLP gibt diesbezüglich insbesondere eine Antwort auf dieses Problem: Das Verursacherprinzip. Das heisst, wer mehr fährt und wer dann fährt, wenn alle anderen auch fahren wollen, der soll auch entsprechend beitragen – verursachergerecht eben. Zur Umsetzung einer solchen Kostenwahrheit im Verkehr fordert die GLP schon seit Jahren ein Mobility Pricing. Eine Versteigerung der Kontrollschilder hingegen ist höchstens ein «Pflasterli», ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Einnahmen aus der Versteigerung haben weder irgendeinen Zusammenhang mit den Verkehrsabgaben noch sind sie für eine langfristige Finanzierung geeignet und schon gar nichts haben sie mit dem Verursacherprinzip zu tun. Wir können diese Motion nicht unterstützen.

*Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen):* Ich kenne niemanden, der es schafft, aus Blech Gold zu machen. Ein Nummernschild hat ein Gewicht von 0,2 Kilogramm. Und wir schaffen es, 0,2 Kilogramm Blech für immerhin 226'000 Franken zu versteigern. Das ist eine riesige Leistung. Der Kilogramm-Blechpreis beläuft sich damit auf 1,3 Millionen Franken. Ein Kilogramm Gold kostet aktuell notabene 57'000 Franken. Aus Blech Gold machen, das schafft unsere Regierung. Hierfür möchte ich herzlich gratulieren. Es gibt Kantone, die erreichen mit Blech nur Blech, die erzielen überhaupt nichts. Wir haben immerhin fünf Millionen Franken, die wir so generiert haben. Ich hätte nie gedacht, dass man für eine Autonummer «ZH 888» 194'000 Franken ausgibt; selbst würde ich das nie machen. Es würde aber auch nicht jeder so viel in einen Wahlkampf investieren wie ich. (*Heiterkeit. Der Votant verfügte bei den Nationalratswahlen 2023 über das schweizweit höchste Wahlkampfbudget aller Kandidierenden.*) Da gibt es eine gewisse Gerechtigkeit. Einer hat Flyer, einer hat Blech. Also, das Einzige, das mich etwas irritiert, ist, dass «ZG 10» 233'000 Franken erzielt hat, und wir den Rekord nicht halten. Ich habe mir dann überlegt, ob es wirklich so relevant ist, in welche Hosentasche diese fünf Millionen Franken gehen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wenn wir diese Motion unterstützen würden, dass wir dann plötzlich nicht mehr fünf Millionen erzielen, sondern dass dann die Motivation vielleicht etwas geringer ist und der Schuss dann nach hinten losgehen könnte oder der Kilogramm-Blechpreis ins Bodenlose stürzen würde. Deshalb denke ich, diese fünf Millionen Franken, die sind schon wichtig, aber bei 1600 Kilometer Strassen – das ist immerhin von Zürich bis Oslo – zahlen Sie damit höchstens den Weg nach Bachenbülach. Deshalb werden wir uns von der EVP-Fraktion weiterhin daran freuen, dass wir in der Lage sind, aus Blech Gold zu machen, und diese Motion nicht unterstützen.

*Martin Huber (FDP, Neftenbach):* Vieles wurde schon gesagt. Wir führen zusammen, was zusammengehört. Der Fonds ist unter Druck, viel hat man herausgenommen für den Unterhalt der Gemeindestrassen. Was wollen wir Motionärinnen und Motionäre? Wir wollen einfach wieder etwas in den Fonds zurückgeben – nicht mehr nicht weniger. Wir führen zusammen, was zusammengehört. Die FDP überweist diese Motion. Tun Sie es uns gleich.

*Lisa Letnansky (AL, Zürich):* Die Alternative Liste hält die Stellungnahme des Regierungsrates für nachvollziehbar: Die Erträge aus Kontrollschildversteigerungen sind weder Verkehrsabgaben noch Verwaltungsgebühren. Man muss auch kein Kontrollschild ersteigern, um ein Auto einlösen zu können; es handelt sich hier um ein klassisches Nice-to-have. Sie stehen also in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Benutzung von öffentlichen Strassen, und die Einnahmen haben damit in die allgemeine Staatskasse zu fallen. Die Einnahmen nun zwingend dem Strassenfonds zukommen zu lassen, ist rückwärtsgewandt und verkennt die Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir das Klimaziel «netto Null» irgendwann erreichen wollen, müssen wir in eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik und -infrastruktur investieren oder mindestens investieren können. Eine gesetzliche Bindung dieser Einnahmen an den Strassenfonds ignoriert diese Tatsachen, schliesst die Augen und möchte für immer in der Vergangenheit leben, wo man auch in den nächsten 100 Jahren noch weiter munter Strassen baut. Wir von der Alternativen Liste sind für eine visionäre, zukunftsfähige Mobilität und folgen daher dem Regierungsrat und weisen die Motion ab. Danke.

*Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach) spricht zum zweiten Mal:* Erstaunen kann mich in diesem Rat nicht mehr viel. Liebe SP, AL, EVP und GLP, ich muss Sie daran erinnern, dass wir am 10. Juli dieses Jahres den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle abgenommen haben. Sie haben mit salbungsvollen Worten die Wichtigkeit dieser Kontrollinstanz zu Recht bestätigt. Ich habe von Ihnen in keinem Punkt kritische Worte gehört. Heute haben Sie die Gelegenheit zu zeigen, dass Ihre Reden nicht nur leere Worthülsen waren.

Es ist schlimm genug, wenn sich der Sicherheitsdirektor scheinbar nonchalant, um nicht zu sagen, selbtherrlich darum foutiert. Dann ist es eben unsere Aufgabe als Parlament und Kontrollorgan dies zu korrigieren. Dass Handlungsbedarf besteht, beweist der Umstand, dass der Sicherheitsdirektor bereit gewesen wäre, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Zeigen Sie ein wenig Rückgrat, dass Ihre Worte am 10. Juli nicht nur Lippenbekenntnisse waren; stimmen Sie dieser Motion zu. Damit stärken Sie auch die Finanzkontrolle. Besten Dank.

*Regierungspräsident Mario Fehr:* Ich bedanke mich zunächst für die freundliche Betrachtung meiner Arbeit. Das schätze ich immer ungemein. Ich habe natürlich die Berichte der Finanzkontrolle auch gelesen. Ich finde überzeugend dargelegt, dass diese Motion nicht zwingend ist. Die Erträge aus den Kontrollschildversteigerungen sind weder Verkehrsabgaben noch Verwaltungsgebühren. Wenn es so wäre, dass wir heute irgendwas Ungesetzliches tun würden, dann bräuchte es

diese Motion gar nicht. Diese Motion will etwas verändern. Wenn wir etwas täten, was nicht rechtens ist, bräuchte es keine Motion. So einfach ist es.

Ich habe in meinen Wahlkampf nicht so viel investiert wie Herr Scognamiglio. Das ist wahrscheinlich auch eine Frage des Alters oder der ständigen Wiederkandidatur. Ich gehe davon aus, dass er das nächste Mal auch weniger Geld investieren muss. Ich werde aber regelmässig gefragt, ob ich persönlich bereit wäre, für ein Autoschild so viel Geld auszugeben. Ich antworte ebenso regelmässig, nein, das wäre ich nicht. Ich würde mit dem Geld zunächst einmal ein Auto kaufen, bevor ich dann ein Autoschild kaufen würde. Also, ich habe, ganz ehrlich gesagt, ein beschränktes Verständnis dafür, dass jemand 250'000 Franken für ein Autoschild ausgibt. Aber ich finde es irgendwie noch cool, weil es uns allen zugutekommt. Es ist auch nicht so, dass diejenigen, die so ein Autoschild kaufen, dann gleich damit herumfahren. Es gibt nämlich sehr viele Käufer, Herr Meier, die mehrere Schilder kaufen. Es gibt Leute, die wissen ganz offensichtlich nicht, was mit ihrem Geld anzufangen; die kaufen dann mehrere, ganz teure Schilder. Nicht einmal diejenigen, die mehrere, ganz teure Schilder kaufen, können gleichzeitig mit mehreren Autos herumfahren. So einfach ist das.

Es sind die ganz teuren Schilder, die in der Regel Liebhaberobjekte sind. Ich habe mich in den letzten Jahren bemüht, aus Blech Gold zu machen. Ich habe das nicht zuletzt auch mit einem Auftrag der freisinnigen Fraktion gemacht. Da kommt jetzt tatsächlich zusammen, was zusammengehört. Ihr früherer Fraktionschef Thomas Vogel (*Altkantonsrat*) hat uns aufgefordert, mehr Geld aus diesen Verkäufen zu generieren, nicht für den Strassenfonds, sondern für den allgemeinen Staatshaushalt. Wir haben diese Beträge von etwa drei auf fünf Millionen Franken erhöht, weil wir motiviert waren. Motiviert ist man immer dann – das sollten Freisinnige eigentlich wissen –, wenn man etwas für die eigene Rechnung tun kann. Also Geld zu sammeln – das weiss ich nicht, aber Herr Huber vielleicht –, wenn das wirklich so einfach ist, dann können Sie gerne für meinen nächsten Wahlkampf Geld sammeln. Doch Sie sammeln auch lieber für sich selbst, oder? Genau das Gleiche machen wir hier auch. Wir sind hoch motiviert, wenn wir unsere eigene Rechnung verbessern können, wenn wir mit diesem Geld auch gewisse Dienstleistungen kostenfrei anbieten können, wie beispielsweise das Anpassen eines Autos für Menschen mit einer Beeinträchtigung. Das tun wir auch mit diesen Erträgen.

Was auf keinen Fall eine Lösung sein kann, Herr Karl Heinz Meyer, ist, dass diese zusätzlichen Einnahmen irgendetwas für den Strassenfonds tun können. Die Gesamteinnahmen, die gesamten Verkehrsabgabeneinnahmen sind heute bei 320 Millionen Franken. Da kommen Sie und sagen, diese fünf Millionen, die retten dann diesen Fonds. Das glauben Sie ja selber nicht. Wenn Sie den Fonds nachhaltig sanieren wollen, dann müssen Sie zu anderen Mitteln greifen. Das wird nichts bringen. Auf der anderen Seite werden diese fünf Millionen Franken, Herr Hoesch, auch nicht den totalen Strassenausbau im Kanton Zürich befeuern. Auch das trifft nicht zu.

Sie haben diese Debatte leidenschaftlich geführt. Ich bemerke immer wieder, dass von diesen Verkehrsschildern so eine Art erotisierende Wirkung ausgeht. (*Heiterkeit*) Sie alle möchten hier einen Beitrag leisten. Lassen Sie das bei dem, der es am besten kann, nämlich bei mir. (*Heiterkeit*) Ich werde diese Schilder weiterhin versteigern. Ich werde im besten Sinne des Finanzdirektors (*Regierungsrat Ernst Stocker*) möglichst viel Geld aus den Taschen derjenigen ziehen, die mit ihrem Geld nichts Gescheiteres anzufangen wissen, als solche Schilder zu kaufen. Das werden wir weiterhin tun. Im Namen von Herrn Stocker und mir ganz herzlichen Dank, wenn Sie diese Motion ablehnen. Danke vielmal.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 176/2023 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.